



Europäische Kommission



# Die Europäische Union und Russland:

Enge Nachbarn,  
globale Akteure,  
strategische Partner

## **Europäische Kommission**

Generaldirektion für Aussenbeziehungen

B-1049 Brüssel

Tel. (+32) 2 299 11 11

Fax (+32) 2 299 39 41

Web : [http://ec.europa.eu/external\\_relations/russia/intro/index.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/russia/intro/index.htm)

Für wöchentliche E-mail Information von der Generaldirektion für Aussenbeziehungen gehen sie bitte zu:

**Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre  
Fragen zur Europäischen Union zu finden**

**Gebührenfreie Telefonnummer (\*):  
00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007

ISBN: 978-92-79-06389-3

© Europäische Gemeinschaften, 2007

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

*Printed in Belgium*

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

# Die Europäische Union und Russland:

Enge Nachbarn,  
globale Akteure,  
strategische Partner



EUROPÄISCHE KOMMISSION  
Aussenbeziehungen



# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Europa und Russland: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft</b>	<b>3</b>
<b>II. Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft</b>	<b>7</b>
<b>III. Energie, Klimawandel und Umwelt</b>	<b>10</b>
<b>IV. Freiheit, Sicherheit, Justiz und Menschenrechte</b>	<b>14</b>
<b>V. Außenpolitische Zusammenarbeit und äußere Sicherheit</b>	<b>16</b>
<b>IV. Forschung, Bildung und Kultur</b>	<b>18</b>
<b>VII. EU-Kooperationsprogramme und -projekte</b>	<b>21</b>
<b>VIII. Zusammenarbeit mit den Regionen Russlands</b>	<b>23</b>
<b>Anhang – Zahlen und Fakten</b>	<b>26</b>

# I. Europa und Russland: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft



Europas Flaggen vor der Basilius-Kathedrale auf dem Roten Platz

Die Russische Föderation zählt zu den wichtigsten Partnern der Europäischen Union. Es ist ein prioritäres Ziel der Europäischen Union, auf Grundlage gegenseitiger Achtung eine starke strategische Partnerschaft mit Russland aufzubauen. Russland ist der größte Nachbar der EU und dieser durch die Erweiterungen 2004 und 2007 noch näher gerückt. Im Rahmen der 2003 vorgelegten EU Sicherheitsstrategie gilt Russland als wichtiger geopolitischer und sicherheitspolitischer Akteur auf globaler und regionaler Ebene. Russland spielt eine zentrale Rolle im UN-Sicherheitsrat und zählt aufgrund von Geschichte, geographischer Nähe und kulturellen Bindungen zu den wichtigsten Akteuren in der gemeinsamen europäischen Nachbarschaft. Der Beitrag Russlands zum europäischen Kulturerbe ist ein wesentliches Element unserer Beziehungen. Russland ist ebenso ein wichtiger Energielieferant der EU. Das Land bildet einen großen, dynamischen Markt für Waren und Dienstleistungen aus der EU, mit einem beträchtlichen Wirtschaftswachstum. Umgekehrt ist die EU der bei weitem größte Absatzmarkt für russische Exporte. Unternehmen aus der EU sind die wichtigsten Investoren in Russland.<sup>1</sup>

Russland und die EU-Mitgliedstaaten sind Mitglieder der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des Europarats. Sie haben sich alle verpflichtet, für die Wahrung und Achtung der grundlegenden Werte und Grundsätze von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft einzutreten. Auf diese Werte stützen sich sowohl die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland als auch deren Rechtsgrundlage, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Die EU hat ein starkes

Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland bei der Förderung von politischer, sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in der Region und weltweit. Russland und die EU müssen zusammenarbeiten, um neuen Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus, Kriminalität, illegaler Migration, Menschenhandel und Drogen zu begegnen.

Die Russische Föderation ist zudem ein unverzichtbarer Partner bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Die EU und Russland arbeiten bereits in mannigfacher Weise zusammen, so z.B. bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft und der Eingliederung des Landes in die Weltwirtschaft sowie im Hinblick auf Sicherheit, internationale Fragen und Kooperation in der gemeinsamen Nachbarschaft Osteuropa.

Die EU und Russland führen einen weitreichenden Dialog zu Fragen der internationalen Politik, wozu auch die Beilegung von Konflikten u.a. im Nahen Osten, Afghanistan, dem westlichen Balkan und dem Sudan sowie – im Falle Irans und Nordkoreas – die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der damit verbundenen Technologien gehören.

**„Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Vereinigung unseres Kontinents erst dann in vollem Umfang verwirklichen lässt, wenn Russland als größter Staat Europas ein integraler Bestandteil des europäischen Prozesses wird. (...) Heute bauen wir einen souveränen demokratischen Staat auf und dabei teilen wir die Werte und Prinzipien der überwiegenden Mehrheit der Europäer. (...) Ein stabiles, prosperierendes und einiges Europa liegt in unserem Interesse. (...) Der Aufbau vielfältiger Beziehungen zur EU ist eine grundsätzliche Entscheidung Russlands.“**

**Der russische Präsident Wladimir Putin in einem Schreiben anlässlich des 50. Geburtstages der Europäischen Union am 25. März 2007**

<sup>1</sup> Siehe Abschnitt „Zahlen und Fakten“.

# Der Politikrahmen

## Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)

Rechtsgrundlage der Beziehungen der EU zu Russland ist das am 1. Dezember 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das nach einer ursprünglichen Laufzeit von 10 Jahren ab 2007 jedes Jahr automatisch verlängert wird, es sei denn, es wird durch eine der Vertragsparteien gekündigt. Das Abkommen legt die grundlegenden gemeinsamen Ziele fest und schafft den institutionellen Rahmen für einen Dialog in einer Vielzahl von Bereichen. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen beruht auf den folgenden Grundsätzen und Zielen: Förderung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit, Unterstützung demokratischer Normen und politischer und wirtschaftlicher Freiheiten. Ihm liegt der Gedanke einer engen Partnerschaft zugrunde, die auf die Stärkung der politischen, handelsbezogenen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ausgerichtet ist.

Die Bestimmungen des PKA betreffen eine Vielzahl von Politikbereichen wie u.a. einen politischen Dialog, Handel mit Waren und Dienstleistungen, Unternehmen und Investitionen, finanzielle und rechtliche Zusammenarbeit, Wissenschaft und Technologie, allgemeine und berufliche Bildung, Zusammenarbeit im Bereich der Nuklear- und Weltraumtechnologie, Umwelt, Verkehr, Kultur und Verbrechensbekämpfung.

Das PKA schafft einen institutionellen Rahmen für regelmäßige Konsultationen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation:

- **Gipfeltreffen** der Staats- und Regierungschefs, die zwei Mal im Jahr stattfinden und die strategische Ausrichtung der Beziehungen zwischen der EU und Russland bestimmen;
- auf Ministerebene im Rahmen des **Ständigen Partnerschaftsrats**, der den für die verschiedenen Politikbereiche zuständigen Ministern die Gelegenheit bietet, so oft wie notwendig zur Erörterung spezifischer Fragen zusammenzutreffen. Bisher nahmen die Außenminister, die Justiz- und Innenminister sowie die Energie-, Verkehrs- und Umweltminister an Tagungen des Ständigen Partnerschaftsrats teil;
- auf der **Ebene hoher Beamter und auf Expertenebene**.
- Der **politische Dialog** findet bei regelmäßigen Treffen der Außenminister, bei Treffen hochrangiger EU-Beamter mit ihren russischen Amtskollegen, bei den monatlichen Treffen des russischen Botschafters bei der EU mit einer den Politischen und Sicherheitspolitischen Ausschuss vertretenden Troika der EU sowie bei Treffen auf Expertenebene zu einer Vielzahl aktueller internationaler Themen statt.<sup>2</sup>



Die Präsidenten Barroso und Putin

<sup>2</sup> Die EU-Troika setzt sich aus Beamten aus dem EU-Mitgliedstaat, der die EU-Ratspräsidentschaft innehat, dem EU-Mitgliedstaat, der als Nächster die EU-Präsidentschaft innehaben wird, der Europäischen Kommission und dem EU-Ratssekretariat zusammen. Außerdem treffen sich Experten aus rund 10 Arbeitsgruppen des Rates (<http://ue.eu.int>) regelmäßig zwei Mal im Jahr mit ihren russischen Kollegen. Bei diesen Treffen kommen gemeinsame Anliegen regionaler (Osteuropa und Zentralasien, westlicher Balkan, Asien, Nordafrika/Nahost/ Mittelmeerraum, Lateinamerika und EU-Kandidatenländer) und sektoraler (OSZE und Europarat, UN, Terrorismus, Abrüstung und Nichtverbreitung) Natur zur Sprache.

- Seit 2005 finden ebenfalls regelmäßige **Konsultationen zu Menschenrechtsfragen** statt (siehe Abschnitt „Menschenrechte“).
- Das Europäische Parlament und das russische Parlament (Staatsduma und Föderationsrat) führen Konsultationen im Rahmen des **Parlamentarischen Kooperationsausschusses** EU-Russland durch. Mitglieder beider Parlamente treffen sich regelmäßig zum Meinungsaustausch über aktuelle Themen.

Das PKA wird durch eine Reihe **sektoraler und internationaler** Übereinkünfte sowie durch andere Kooperationsmechanismen ergänzt (siehe unten).

Die bilateralen Handelsabkommen decken vor allem den Stahl- und den Textilsektor ab. Das jüngste Stahlabkommen hat eine Laufzeit von zwei Jahren (2007-2008) und wird am Tag des Beitritts der Russischen Föderation zur Welthandelsorganisation (WTO) außer Kraft treten.

In Anerkennung der erheblichen Anstrengungen des Landes beim Übergang zu einer vollwertigen Marktwirtschaft erkannte die EU russischen Exporteuren im November 2002 den „Marktwirtschaftsstatus“ zu. Es sei darauf hingewiesen, dass Antidumping zurzeit keine große Rolle in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Russland spielt - gegenwärtig sind nur zehn Antidumpingmaßnahmen in Kraft, die weniger als 0,5 % der EU-Importe aus Russland betreffen.

Die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Russland über dessen Beitritt zur WTO wurden 2004 abgeschlossen – die multilateralen Verhandlungen dauern noch an.

Die EU und Russland arbeiten derzeit an einem **neuen Abkommen**, das **nach 2007** das bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzen soll. Sowohl die EU als auch Russland haben seit dem Inkrafttreten des PKA im Jahr 1997 tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen erlebt, denen das neue Abkommen Rechnung tragen muss.

Zweck des neuen Abkommens ist die Schaffung eines dauerhaften und umfassenden Rahmens für die Beziehungen zwischen der EU und Russland in den kommenden Jahren auf der Grundlage der Achtung gemeinsamer Werte.



Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und der Russische Außenminister Sergej Lawrow eröffnen das Institut für Europastudien in Moskau, September 2006

## Die gemeinsamen Räume

Auf ihrem Gipfeltreffen vom Mai 2003 in St. Petersburg einigten sich die EU und Russland auf die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit durch die langfristige Errichtung von **vier „gemeinsamen Räumen“** im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen. Dabei handelt es sich um

1. **den gemeinsamen Wirtschaftsraum**, der neben Wirtschaftsthemen Umweltfragen umfasst,
2. **den gemeinsamen Raum der Freiheit**, der Sicherheit und des Rechts,
3. **den gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit**, einschließlich Krisenmanagement und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, sowie
4. **den gemeinsamen Raum der Forschung und Bildung, einschließlich kultureller Aspekte.**

Auf dem Gipfeltreffen vom Mai 2005 in Moskau wurden Fahrpläne – sogenannte Road Maps – verabschiedet, die als kurz- und mittelfristige Instrumente zur Verwirklichung der vier gemeinsamen Räume dienen sollen und auf der oben beschriebenen Zusammenarbeit aufbauen. Darin werden weitere spezifische Ziele festgelegt und die Maßnahmen genannt, die zur Errichtung der vier gemeinsamen Räume erforderlich sind. Damit bestimmen sie die mittelfristige Agenda der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland.

## Die Nördliche Dimension und die Zusammenarbeit mit der Ostseeregion

Die Nördliche Dimension umfasst ein breites geographisches Gebiet, das sich von der europäischen Arktis und Subarktis im Norden bis zum südlichen Ufer der Ostsee, einschließlich der angrenzenden Länder, und von Nordwest-Russland im Osten bis nach Island und Grönland im Westen erstreckt. Schwerpunkt der nördlichen Dimension ist zunehmend Nordwest-Russland, das größte von dieser Politik erfasste Gebiet. Weitere Schwerpunkte dieser Politik bilden die **Ostsee**, das **Kaliningrader Gebiet** mit seiner besonderen geographischen Lage und – dadurch bedingt – besonderem Entwicklungspotenzial sowie die großen arktischen und subarktischen Gebiete einschließlich der Barentssee-region. Diese Politik wird dazu beitragen, dass im Norden Europas keine neuen Trennlinien entstehen. Partner der Nördlichen Dimension sind die EU, Island, Norwegen und die Russische Föderation; auch andere Partner, vor allem regionale Organisationen nehmen daran teil.<sup>3</sup> Weitere Informationen über die Nördliche Dimension sind unter folgender Internet-Adresse zu finden: [http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/north\\_dim/in dex.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim/in dex.htm).

## Schwarzmeerkoopeation

Nach dem EU-Beitritt zweier Schwarzmeer-Anrainerstaaten – Bulgarien und Rumänien – am 1. Januar 2007 kommt dem Wohlstand, der Stabilität und der Sicherheit unserer Nachbarn noch größere Bedeutung zu. Die bestehenden regionalen Politiken wie z.B. die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Heranführungsstrategie für die Türkei und die Strategische Partnerschaft mit Russland wurden durch eine Kooperationsinitiative für den Schwarzmeerraum ergänzt. Die Zusammenarbeit wird nach Möglichkeit im Rahmen der bestehenden regionalen Kooperationsmechanismen wie z.B. der Kommission für den Schutz des Schwarzmeers erfolgen. Die strukturelle Zusammenarbeit mit der Schwarzmeer-Wirtschaftsgemeinschaft wird verstärkt werden.

<sup>3</sup> Bei diesen regionalen Organisationen handelt es sich um den Rat der Ostseestaaten (CBSS) ([www.cbss.st](http://www.cbss.st)), den Rat für den Europäisch-arktischen Bereich der Barentssee (BEAC) ([www.beac.st](http://www.beac.st)), den Arktischen Rat (AC) ([www.arctic-council.org](http://www.arctic-council.org)) und den Nordischen Ministerrat (NCM) ([www.norden.org](http://www.norden.org)).



## II. Handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zwischen 2000 und 2006 verdreifachten sich die Exporte der EU-27 nach Russland von 22,7 Mrd. EUR auf 72,4 Mrd. EUR, während sich die Importe der EU-27 aus Russland von 63,8 Mrd. EUR auf 140,6 Mrd. EUR mehr als verdoppelten. Im gleichen Zeitraum hat sich auch der Anteil Russlands am gesamten Warenverkehr der EU-27 mit dem Ausland fast verdoppelt. 2006 entfielen auf Russland gut 6 % der Exporte aus der EU-27 und 10 % der Importe in die EU-27. Damit war Russland nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner der EU-27.

2006 führte die EU-25 Dienstleistungen im Wert von 13,1 Mrd. EUR nach Russland aus, während sich die Einfuhren aus Russland auf 9,9 Mrd. EUR beliefen. Damit erzielte die EU-25 im Dienstleistungsverkehr mit Russland einen Überschuss von 3,2 Mrd. EUR.

Auf ihrem Gipfeltreffen in St. Petersburg vom Mai 2003 verständigten sich die EU und Russland darauf, langfristig einen „gemeinsamen Wirtschaftsraum“ zu errichten. Ein 2005 verabschiedeter Fahrplan – eine sogenannte Road Map – legt die kurz- und mittelfristigen Ziele und die einzelnen Kooperationsbereiche fest. Bisher wurden 14 Dialoge zwischen der EU und Russland eingerichtet, die die meisten Wirtschaftssektoren abdecken. Dazu gehört eine Reihe von regulierungspolitischen Dialogen, die eine allmähliche Rechtsangleichung zwischen der EU und Russland fördern sollen. 2006 fanden drei Tagungen des **Ständigen Partnerschaftsrats** auf Ministerebene statt und zwar zu den Themen Umwelt, Verkehr und Energie. Dieser Kooperationsrahmen wird durch sektorale Vereinbarungen zwischen den beiden Seiten ergänzt.



Der Hafen von Kaliningrad

### Politikziele der EU

Allgemeines Ziel des gemeinsamen Wirtschaftsraums ist die Errichtung eines offenen und integrierten Markts zwischen der EU und Russland. Dabei sollen Rahmenbedingungen entstehen, die

- mehr Möglichkeiten für die Wirtschaftsteilnehmer schaffen,
- Handel und Investitionen fördern,
- die Gründung und Führung von Unternehmen auf Grundlage der Gegenseitigkeit erleichtern,
- zu einer verstärkten Zusammenarbeit in vielen Bereichen wie z.B. Energie, Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologien, Landwirtschaft, Weltraum, Luftfahrt, Forschung und Entwicklung, Wirtschaftspolitik, Finanzdienstleistungen, Rechte an geistigem Eigentum, öffentliches Auftragswesen, Investitionen, Normen und Umwelt führen,
- die allgemeine Wirtschaftszusammenarbeit und die wirtschaftlichen Reformen stärken und
- die Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Russischen Föderation steigern.

Ziel ist auch die Stärkung der Wirtschaften Russlands und der EU auf der Grundlage von Nichtdiskriminierung, Transparenz und guter Regierungsführung unter Berücksichtigung des im Rahmen des **Industrie-Rundtisches EU-Russland** geführten Unternehmensdialogs. Weitere Informationen über den Industrie-Rundtisch finden Sie unter folgender Internet-Adresse: [http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise\\_policy/business\\_dialogues/russia/russiaoverview.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/business_dialogues/russia/russiaoverview.htm).

#### ***Die EU: ein nachdrücklicher Befürworter des Beitritts Russlands zur WTO***

Die Zusammenarbeit in diesem Bereich zielt darauf ab, die weitere Integration Russlands in die Weltwirtschaft zu unterstützen und den Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) vorzubereiten. Die EU ist sich der wichtigen Rolle bewusst, die die **Mitgliedschaft in der WTO** bei der Integration Russlands in die Weltwirtschaft und bei der Verankerung und Konsolidierung der wirtschaftlichen Reformen des Landes spielt. Der Beitritt Russlands zur WTO bringt Vorteile für beide Seiten: Für EU-Investoren in Russland bringt er mehr Stabilität und Berechenbarkeit, bessere Zugangsbedingungen und erhöhte Rechtssicherheit; russischen Exporteuren verschafft er einen gesicherten Zugang zu allen EU-Märkten und zu den Märkten der anderen WTO-Mitglieder.

Im Mai 2004 unterzeichneten EU-Handelskommissar Pascal Lamy und der russische Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel German Gref ein Abkommen, mit dem die Verhandlungen über den bilateralen Marktzugang im Zusammenhang mit dem Beitritt Russlands zur WTO abgeschlossen wurden. Da die EU der größte Handelspartner Russlands ist, galt dieses bilaterale Abkommen als wichtiger Schritt hin zur WTO-Mitgliedschaft Russlands. Erklärtes Ziel der russischen Regierung ist es, noch 2007 der WTO beizutreten.

#### ***Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Russlands voranbringen***

Russland braucht weiterhin ein starkes Wirtschaftswachstum, um das 2003 von Präsident Putin formulierte Ziel einer Verdoppelung des BIP innerhalb von 10 Jahren zu erreichen, neue Technologien anzuziehen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Produktion von hochwertigen, wissensintensiven Waren und Dienstleistungen auszubauen. Von diesen Faktoren hängt die Wettbewerbsfähigkeit Russlands auf den internationalen Märkten ab.

Die EU hat ein vitales Interesse an der Förderung des Wohlstands in ihrem größten Nachbarland. Die europäischen und russischen Märkte ergänzen einander: Sowohl die EU als auch Russland haben Stärken, die zum gegenseitigen Nutzen geteilt werden könnten. Die EU verfügt über eine wissensgestützte Wirtschaft, die ihre langfristigen Wachstumsaussichten verbessern muss, während die aufstrebende, schnell wachsende Wirtschaft Russlands eine Wissensbasis benötigt, die das Land in die Lage versetzt, seine historischen Stärken im Bereich Spitzenwissenschaft und -technologie auszunutzen.

Die Handels- und Investitionsströme zwischen der EU und Russland haben bereits einen erheblichen Umfang erreicht, konzentrieren sich aber tendenziell auf die Sektoren, in denen die Barrieren niedrig und die Regulierungssysteme kompatibel sind. Russische Unternehmen stoßen allerdings bei der Erfüllung von EU-Normen und Standard manchmal auf Schwierigkeiten. Auch Dienstleister sind mitunter nicht in der Lage, den Anforderungen der EU zu genügen.

Ihrerseits werden EU-Unternehmen, die in Russland investieren wollen, oft von den rechtlichen und bürokratischen Hindernissen und von den hohen Zöllen, z.B. bei importierten Bauteilen, abgeschreckt. Solche Hindernisse verringern unsere gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit.

Russland verzeichnet eine deutliche Umkehr des traditionellen Kapitalabflusses. Die ausländischen Direktinvestitionen verdoppelten sich zwischen 2005 und 2006 von 14,6 Mrd. USD auf ca. 30 Mrd. USD. Der Anteil der jährlichen Kapitalzuflüsse am BIP liegt inzwischen bei mehr als 3 %. Der Anteil der Investitionen am BIP entspricht mit 22 % ungefähr dem OECD-Durchschnitt, ist allerdings verglichen mit anderen aufstrebenden Volkswirtschaften wie China relativ niedrig. Der Großteil der Investitionen fließt in die verarbeitende Industrie und den Dienstleistungssektor und nicht wie früher in die Energiewirtschaft.

Im Verkehrsbereich nahm der Europäische Rat 1999 Richtlinien für die Aushandlung eines Abkommens über Satellitennavigation (Galileo/Glonass) an. Die Verhandlungen wurden 2001 abgebrochen, doch derzeit laufen Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Gespräche auf neuer Grundlage mit Schwerpunkt auf programmatischen Prioritäten und der gemeinsamen Nutzung der europäischen und russischen Satellitennavigationssysteme.

2006 wurde ein Fischereiabkommen unterzeichnet, das auf eine verstärkte Zusammenarbeit im Fischereisektor und auf den Schutz der Meeresressourcen im Schwarzen Meer ausgerichtet ist.

Die Kommissionsdienststellen prüfen derzeit das Problem der langen Wartezeiten für Lkw an den Landgrenzen der EU zu Russland und arbeiten eng mit den russischen Behörden zusammen, um angemessene Lösungen zu finden und umzusetzen.

Die Kommunikation zwischen der EU und Russland hat sich auf allen Ebenen verbessert, und beide Seiten haben inzwischen ein besseres Verständnis des jeweils anderen Regulierungsumfelds in zahlreichen Sektoren. Im Hinblick auf Konvergenz im Regulierungsbereich sind mittel- und langfristig konkrete Ergebnisse zu erwarten.

**„Die tiefe und umfassende wirtschaftliche Integration zwischen der EU und Russland wird uns in die Lage versetzen, das Potenzial unserer Partnerschaft voll auszuschöpfen.“**

**Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf dem EU-Russland-Gipfel in Helsinki am 24. November 2006**

### III. Energie, Klimawandel und Umwelt



Energiekommissar Andris Piebalgs

Energie ist eine sehr wichtige Komponente der Beziehungen zwischen der EU und Russland. Das beidseitige Verhältnis in diesem Sektor lässt sich am treffendsten als eine gegenseitige Abhängigkeit in Bezug auf Angebot, Nachfrage, Investitionen und Know-how kennzeichnen.

Russland ist der weltweit größte Erdgasproduzent und -exporteur und zusammen mit Saudi-Arabien auch der größte Erdölproduzent und -exporteur. Russland verfügt über mehr als 20 % der weltweit bekannten Erdgasvorkommen und über 5 % der nachgewiesenen Erdölreserven. Der Anteil des Energie- und Metallsektors an der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes beträgt rund 20 %, während nur 2 % der Erwerbsbevölkerung in diesem Sektor beschäftigt sind. Die EU und Russland haben ein starkes gemeinsames Interesse an einer engeren Energiepartnerschaft, die beiden Seiten Sicherheit und Verlässlichkeit bietet. Die Energieimporte der EU tragen maßgeblich zum derzeitigen Wirtschaftswachstum in Russland und damit auch zu den verbesserten Lebensbedingungen der russischen Bevölkerung bei. Umgekehrt bleibt die gesicherte Versorgung mit Energie zu angemessenen Preisen eine wichtige Antriebskraft des Wirtschaftswachstums in Europa – und unerlässlich für seine Bürger und Unternehmen.

#### **Weiterentwicklung eines dynamischen Verhältnisses im Energiebereich**

Russland wird auf viele Jahre hin ein wichtiger Energielieferant für die EU bleiben. Das Land verfügt über das Potenzial, die EU mit den erheblichen zusätzlichen Energieressourcen zu versorgen, die sie möglicherweise mittelfristig einführen muss. Ausreichende Investitionen in neue Kapazitäten sind erforderlich, um die benötigten Gas- und Ölmengen fördern und liefern zu können. Dabei muss gewährleistet werden, dass russische und EU-Unternehmen einen fairen, transparenten und gegenseitigen Zugang zu Energieressourcen und -märkten und auch zur Öl- und Gastransportinfrastruktur haben. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion tätigten europäische Unterneh-

men beträchtliche Investitionen in den russischen Energiesektor. Heute sind es verstärkt russische Unternehmen, die in der Europäischen Union investieren.

Um Investitionen und Handel zu sichern, arbeitete die EU mit Russland und anderen wichtigen Energieproduzenten bei der Abfassung eines **Vertrags über eine umfassende Energiecharta** zusammen. Das Handeln der EU und der nationalen Regierungen wird durch die Zusammenarbeit von Unternehmen in Russland und der EU ergänzt.

Obwohl Russland den Vertrag über die Energiecharta nicht ratifiziert hat, bekräftigt es nach wie vor, sich an dessen wichtigsten Grundsätzen halten zu wollen. Die EU hat daher die Absicht, diese Grundsätze in das neue Abkommen mit Russland aufzunehmen.

#### **Förderung der Energieeffizienz: der Energiedialog EU-Russland**

Der 2000 eingeleitete Energiedialog zwischen der EU und Russland bietet Möglichkeiten auf politischer und Expertenebene zur Förderung der Zusammenarbeit und zur Lösung zentraler Probleme. Zu den bisherigen Diskussionsthemen zählten u.a. Investitionshindernisse im Energiesektor im Hinblick auf Transparenz, Gegenseitigkeit und Investorenschutz sowie die Zusammenarbeit bei neuen Technologien und bei Infrastrukturvorhaben. Ein besonderes Augenmerk gilt der Energieeffizienz und -einsparung – einem Bereich mit immensem Potenzial für die Verringerung des Energieverbrauchs in Russland.

Angesichts der Erderwärmung und der hohen Energiepreise haben Russland und die Europäische Union ein ausgeprägtes gemeinsames Interesse an der Verbesserung der Energieeffizienz in Russland. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur ist die Energieeffizienz in Russland, gemessen am BIP, 2,5 mal niedriger als in den OECD-Ländern. Daher bleibt die Zusammenarbeit in diesem Bereich von hoher Priorität.

Als Beispiele für die konkrete Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland dienen das gemeinsame Zentrum für Energiedialog und -technologie in Moskau, das sich als Drehscheibe für die praktische Kooperation im Energiesektor bewährt hat, und zwei weitere Kooperationsprojekte, von denen das eine auf die Harmonisierung der Energiepolitiken, das andere auf die Förderung der Energieeffizienz in drei Pilotregionen – Kaliningrad, Astrachan, and Archangelsk – ausgerichtet ist.

Trotz positiver Entwicklungen in den energiepolitischen Beziehungen zwischen der EU und Russland bleiben einige wichtige Fragen ungelöst. Ein weiterer Dialog ist erforderlich,


z.B. über den Zugang unabhängiger Energieerzeuger zu den Pipelines in Russland und über die Transitrouten aus Zentralasien. Auch die Frage der Störung der Öl- und Gaslieferungen Russlands in die EU aufgrund von Streitigkeiten zwischen Russland und den Transitländern muss im Rahmen eines Dialogs angesprochen werden. Beide Seiten sind sich der ernsthaften Folgen solcher Störungen und der Bedeutung einer konstruktiven Partnerschaft bewusst. Sowohl die EU als auch

*„Im Energiesektor braucht Russland Europa genauso sehr wie Europa Russland braucht. Die Energie, die Europa von Russland kauft, war bislang ein wesentlicher Faktor in der wirtschaftlichen Erholung Russlands, und die konstante Versorgung mit Energie zu angemessenen Preisen ist ein wichtiger Motor für wirtschaftliches Wachstum in Europa. Mit anderen Worten – im Energiesektor verstärken wir uns gegenseitig.“*

**EU-Energiekommissar Andris Piebalgs auf der Internationalen Energie-Woche in Moskau am 31. Oktober 2006**




Von der EU finanziert: Windenergieanlagen im Kaliningrader Gebiet



Russland erkennen daher die Notwendigkeit an, den Mechanismus der gemeinsamen Konsultationen besser zu nutzen und ein Frühwarnsystem einzurichten, um eine stetige Versorgung aller europäischen Konsumenten mit Öl und Gas zu gewährleisten.

Auch verschiedene Aspekte der **Kernenergie** werden behandelt. So wurden Verhandlungen über ein Abkommen zur Regelung des Handels mit spaltbarem Material aufgenommen. Außerdem will die EU die Wiederaufnahme von Diskussionen im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Sicherheitsüberprüfung der Kernreaktoren der ersten Generation. Auf dem EU-Russland-Gipfel vom November 2003 in Rom wurde die Verlängerung des Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Technologie beschlossen, das sich auch auf Nuklearsicherheit und Kernfusion erstreckt.

***Von einzigartiger Bedeutung: die Zusammenarbeit im Bereich Klimawandel und Umwelt***




Die Europäische Union arbeitet mit vielen Ländern bei der Bewältigung von Umweltproblemen zusammen. Doch die Kooperation zwischen der EU und Russland im Bereich Umwelt und Klimawandel ist von einzigartiger Bedeutung. Unsere Partnerschaft ist entscheidend für die Zukunft der Umwelt auf globaler Ebene, auf dem europäischen Kontinent und auf lokaler Ebene an unseren gemeinsamen Land- und Meeresgrenzen.


Auf globaler Ebene ist das Engagement der EU und Russlands unabdingbar für den Erfolg der Bemühungen bei der Bekämpfung des Klimawandels, zur Förderung der nachhaltigen Nutzung der Waldressourcen, zur Eindämmung des Verlusts an biologischer Vielfalt und bei der Verringerung der Energieverschwendung. Die Entscheidung Russlands zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen war ausschlaggebend für dessen Inkrafttreten. Die Umsetzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-protokolls durch Russland wird dazu beitragen, dass das Ziel des Protokolls – Bekämpfung der Erderwärmung durch Verringerung der Treibhausgasemissionen – erreicht wird.

Die EU und Russland sind auch Partner bei der Bekämpfung von Umweltproblemen in der europäischen Region und bemühen sich u.a. darum, die grenzübergreifende Luftverschmutzung zu verringern, die Umweltrisiken bei Industrieunfällen zu mindern, die Verschmutzung von Regionalmeeren wie der Ostsee, der Barentssee und dem Schwarzen Meer zu bekämpfen sowie das anfällige Ökosystem Nordeuropas wie auch Naturgebiete, bedrohte Arten und die biologische Vielfalt zu schützen. Als direkte Nachbarn arbeiten die EU und Russland eng beim Schutz der grenzübergreifenden Naturressourcen und bei der Sauberhaltung der gemeinsamen Wassereinzugsgebiete und Seen zusammen.

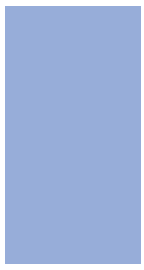
In vielen Bereichen werden die Fortschritte bereits sichtbar. Die gemeinsame Finanzierung von Projekten im Rahmen der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension (NDEP), die Bemühungen um die Verbesserung von Governance und Rechtsdurchsetzung im Forstsektor, die bilaterale Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls und die Arbeit des von der EU finanzierten Russischen Regionalen Umweltzentrums bei der Sensibilisierung für Umweltprobleme sind hier nur einige Beispiele. Die Inbetriebnahme der mit Unterstützung der NDEP gebauten Kläranlage St. Petersburg-Südwest zeigt, was durch gemeinsames Handeln Russlands und der EU auf lokaler Ebene erreicht werden kann.



Die Aufnahme eines Umweltdialogs zwischen der EU und Russland im Oktober 2006 in Helsinki hat dieser Zusammenarbeit neue Impulse verliehen. Derzeit arbeiten Experten-

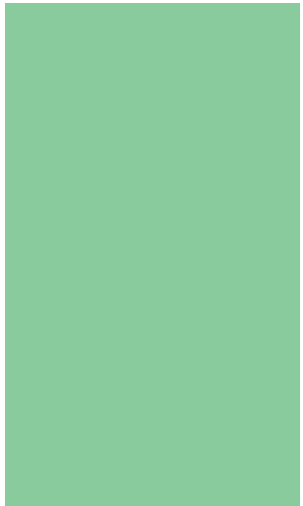
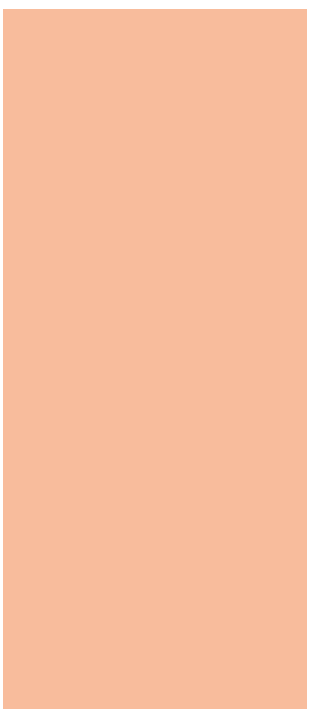


gruppen an gemeinsamen Maßnahmen in einer Reihe von Bereichen wie Klimawandel, industrieller Verschmutzung, Naturschutz, Forstwirtschaft und Meeresressourcen, Konvergenz der Umweltpolitiken und Umweltverträglichkeitsprüfungen von Projekten.



### **Wussten Sie,...**

...dass rund 20 % des russischen BIP auf den Energie- und Metallsektor entfällt? Die EU ist mit einem Anteil an den russischen Ölexporten von 63 % und einem Anteil an den russischen Gasexporten von 65 % der größte Konsument russischer Energieprodukte. Umgekehrt ist Russland mit einem Anteil an den Gesamtölimporten der EU von 30 % und an dem Gesamtölverbrauch der EU von 27 % der größte Öllieferant der Europäischen Union. Auf Russland entfallen auch rund 44 % der EU-Gasimporte und rund 24 % des Gesamtgasverbrauchs. Diese starke gegenseitige Abhängigkeit in Bezug auf Energieexporte verdeutlicht die wichtige Rolle des Energiesektors in den Beziehungen zwischen der EU und Russland.





## IV. Freiheit, Sicherheit, Recht und Menschenrechte

Auf ihrem Gipfeltreffen vom Mai 2003 in St. Petersburg verständigten sich die EU und Russland darauf, langfristig einen „gemeinsamen Raum“ der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen. Ein 2005 vereinbarter Fahrplan – die Road Map – legt die kurz- und mittelfristigen Ziele und Kooperationsbereiche fest. Die schrittweise Verwirklichung dieses gemeinsamen Raums erfolgt auf der Grundlage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens. Überwacht wird dieser Prozess im Rahmen von zwei Mal im Jahr stattfindenden Treffen der EU-Troika (gegenwärtiger und künftiger EU-Vorsitz, Rat und Kommission) mit russischen Regierungsvertretern auf Ministerebene.

### Politikziele der EU

Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist zu einer wichtigen Komponente in der Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit Russland geworden. Der Umfang der Zusammenarbeit ist nach der durch die letzten Erweiterungen bedingten Ausdehnung der Grenzen der EU erheblich gewachsen. Diese Zusammenarbeit trägt nicht nur dazu bei, ein neues Europa ohne Trennlinien aufzubauen, sondern auch zur Erleichterung des Reisens für alle Europäer, bei gleichzeitiger Schaffung der Rahmenbedingungen für eine wirksame Bekämpfung illegaler Migration. Die EU hat darüber hinaus ein erhebliches Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit Russland bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wie organisierter Kriminalität, Terrorismus und anderer illegaler Aktivitäten grenzüberschreitender Natur. Unsere Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Achtung der Menschenrechte und anderen Grundfreiheiten beruht, muss dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Sicherheit einerseits und Freiheit und Recht andererseits Rechnung tragen.

### Strategie der EU

Im Bereich Freiheit bringt die Weiterentwicklung der Visapolitik greifbare Vorteile für unsere Bürger und erleichtert direkte Kontakte zwischen den Menschen. Die Anfang 2007 geschlossenen Abkommen zwischen der EU und Russland über Visaerleichterungen bzw. Rückübernahme traten am 1. Juni 2007 in Kraft. Das Abkommen über Visaerleichterungen enthält Bestimmungen über vereinfachte Verfahren für die Ausstellung von Visen (z.B. Verringerung der erforderlichen Nachweise, schnellere Bearbeitung von Visaanträgen, Verzicht auf Visagebühren bei bestimmten Personengruppen, Ausnahmen von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomatenpässen). Die Pflicht zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger und Drittstaatsangehöriger, die sich illegal im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten bzw. Russlands aufhalten, ist ein wichtiges Instrument zur Verhinderung und Bekämpfung der illegalen Einwanderung.

Hinsichtlich unserer gemeinsamen Grenzen hat die in Warschau angesiedelte Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU (FRONTEX) eine Vereinbarung mit dem russischen Grenzschutz über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Grenzverwaltung und -kontrollen getroffen.

Im Bereich der **Sicherheit** stellt die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität eine zentrale Priorität der Zusammenarbeit dar. Durch politischen Dialog und technische Hilfe fördert die Kommission die Einhaltung des Völkerrechts. Treffen des EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung mit dem Sondergesandten des russischen Präsidenten und Treffen auf Expertenebene ermöglichen einen Austausch von Informationen und bewährten Methoden. Im Rahmen der Sicherheitskomponente des gemeinsamen Raums erfolgt auch eine Zusammenarbeit in Bereichen wie Dokumentensicherheit und Bekämpfung von Geldwäsche, Drogen-, Menschenhandel und Korruption. In Bezug



auf die Strafverfolgung ermöglicht das 2003 geschlossene Kooperationsabkommen zwischen EUROPOL und Russland den Austausch strategischer Informationen. Dieses Abkommen ist ein wichtiges Instrument zur verstärkten Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Regelmäßige Treffen der für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständigen Verbindungsbeamten der EU und Russland finden in Moskau statt.

Vor kurzem verabschiedete Russland ein Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten. Die Ratifizierung des einschlägigen Übereinkommens des Europarats ist Voraussetzung für den Abschluss einer zusätzlichen, umfassenderen operativen Vereinbarung zwischen EUROPOL und Russland.

Im Bereich **Recht** unterstützt die EU die Justizreform in Russland, insbesondere im Hinblick auf die Richterausbildung und die Modernisierung des Gerichtswesens. Derzeit loten die EU und Russland informell die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Justizbehörden in Zivilsachen aus. Was die Zusammenarbeit in Strafsachen betrifft, so haben EUROJUST und Russland vor kurzem Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen aufgenommen, das die Bemühungen beider Seiten um die Bekämpfung der grenzübergreifenden Kriminalität fördern soll.

### **Menschenrechte**

Da Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten das Kernstück der Beziehungen zwischen der EU und Russland bilden, versteht es sich von selbst, dass diese Themen regelmäßig auf allen Ebenen zur Sprache gebracht werden.

Seit 2005 finden alle sechs Monate Konsultationen zu Menschenrechtsfragen zwischen der EU und Russland statt. Sie ermöglichen einen eingehenden Dialog zu den Menschenrechten in Russland und der EU sowie zur Zusammenarbeit der EU und Russlands in Menschenrechtsfragen in den internationalen Foren. Auch mit russischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) führt die EU einen regelmäßigen Menschenrechtsdialog.

Zu den Menschenrechtsfragen, die die EU bei ihren Konsultationen mit Russland anspricht, zählen u.a. die Menschenrechtslage in Tschetschenien und dem Nordkaukasus einschließlich Folter und Misshandlungen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschließlich der Freiheit der Medien, die Situation der Zivilgesellschaft in Russland angesichts der Gesetze über NRO und der Aktivitäten von Extremisten, die Funktionsweise der Justiz einschließlich Fragen der richterlichen Unabhängigkeit, die Achtung von Menschenrechtsnormen durch Beamte der Strafverfolgungsbehörden, Rassismus und Fremdenhass sowie die Wahlgesetzgebung. Seinerseits bringt Russland Entwicklungen innerhalb der EU zur Sprache, die ihm Grund zur Besorgnis geben.

Die EU unterstützt die Entwicklung der Demokratie, den Schutz der Menschenrechte und den Aufbau einer lebendigen Zivilgesellschaft in Russland, insbesondere im Rahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) ([http://www.delrus.cec.eu.int/en/p\\_321.htm](http://www.delrus.cec.eu.int/en/p_321.htm)). In diesem Zusammenhang arbeitet die EG mit NRO und anderen Partnern wie dem Europarat u.a. in den folgenden Bereichen zusammen: Strafrechtsreform, Verbesserung der Fähigkeit von Rechtsanwälten und Beamten der Strafverfolgungsbehörden zur Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention, Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus, Schutz der Menschenrechte von Wehrpflichtigen sowie Förderung der Rechte von Kindern und indigenen Völkern.



Die Journalistin Anna Politkovskaya der Zeitung „Novaya Gazeta“, die im Oktober 2006 ermordet wurde

# V. Außenpolitische Zusammenarbeit und äußere Sicherheit

Die EU und Russland haben sich auf eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der äußeren Sicherheit verständigt, da beide eine besondere Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus tragen.

## Politikziele der EU

Es gibt fünf Schwerpunktbereiche für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland:

- Stärkung von Dialog und Zusammenarbeit auf der internationalen Bühne,
- Terrorismusbekämpfung,
- Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen, Stärkung der Exportkontrollen und Abrüstung
- Zusammenarbeit beim Krisenmanagement,
- Zusammenarbeit beim Zivilschutz.

## Strategie der EU

Die EU und Russland arbeiten darauf hin, die Rolle der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarats beim Aufbau einer auf einem **wirksamen Multilateralismus** beruhenden Weltordnung zu stärken. Ein weitreichender und zunehmend operationeller **Politikdialog** kennzeichnet die Beziehungen zwischen der EU und Russland (siehe oben).

Die EU hat ein starkes Interesse an der Einbeziehung Russlands in die Bemühungen um die Förderung von Stabilität in Europa, insbesondere in den an die EU und Russland angrenzenden Regionen – unserer **gemeinsamen Nachbarschaft**. Die regionalen Konflikte in der Republik Moldau (Transnistrien) und dem Südkaukasus (Abchasien, Südossetien und Bergkarabach) werden regelmäßig zur Sprache gebracht. Die EU betont auch die Bedeutung, die der Förderung der Demokratie in Belarus zukommt. Diese Diskussionen bieten beiden Seiten die Gelegenheit zu einem offenen Meinungsaustausch über die Lage in ihrer gemeinsamen Nachbarschaft und zur gemeinsamen Lösungssuche.

In allen relevanten internationalen Foren sind die EU und Russland darum bestrebt, ihre Zusammenarbeit bei der **Terrorismusbekämpfung** zu verstärken, insbesondere durch Förderung und Weiterentwicklung der einschlägigen Übereinkommen und Instrumente der UN, der OSZE und des Europarats. Die EU bemüht sich insbesondere um den frühzeitigen Abschluss des umfassenden UN-Übereinkommens gegen den internationalen Terrorismus.

Im Bereich **Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Exportkontrollen und Abrüstung** besteht ein zentrales Ziel der EU und Russlands darin, die allgemeine Einhaltung und die Wirksamkeit der einschlägigen internationalen Übereinkommen zu fördern. Ein besonderes Anliegen der EU ist es zurzeit, die Unterstützung Russlands



Präsident Putin grüßt den Hohen Repräsentanten der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana

für den Beitritt aller EU-Mitgliedstaaten zum Raketentechnologie-Kontrollregime zu gewinnen. Russland strebt den Beitritt zur Australien-Gruppe (Kontrolle biologischer und chemischer Waffen) an.

Die EU stellt erhebliche Finanzmittel zur Unterstützung des Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums (ISTC) in Moskau bereit. Seine Aufgabe besteht darin, ehemalige Waffenexperten einer neuen Beschäftigung im Rahmen friedlicher Projekte zuzuführen. Seit 1994 haben rund 60.000 Experten an ca. 2100 Projekten mit einem Gesamtvolumen von 635 Mio. USD teilgenommen. 150 Mio. EUR der Gesamtfinanzierung des ISTC kamen aus Mitteln der EU.

Die EU leistet auch Beiträge zu der von der G8 eingerichteten Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auf dem G8-Gipfel vom Dezember 2003 sagte der damalige Kommissionspräsident Prodi einen Beitrag in Höhe von 1 Mrd. EUR über einen Zeitraum von 10 Jahren zu. Die EU ist auf bestem Wege, diese Zusage einzulösen – sie hat bereits mehr als 800 Mio. EUR gebunden und über 400 Mio. EUR ausgezahlt. Die Zusage der EU betrifft vier ausgewählte Kooperationsbereiche: Nichtverbreitung, Abrüstung, Terrorismusbekämpfung und Nuklearsicherheit.

Auf der Tagung des Europäischen Rats 2002 in Sevilla legte die EU eine Regelung für die Beteiligung Russlands an **Krisenmanagementoperationen** der EU fest. Russland war allerdings nicht bereit, zu diesen Bedingungen an EU-Operationen teilzunehmen. Trotzdem entwickelt sich insbesondere im Rahmen der regelmäßigen Treffen zwischen dem russischen Botschafter in Brüssel und der Troika des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees ein Dialog im Bereich des Krisenmanagements und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Darüber hinaus finden neben Kontakten auf Expertenebene regelmäßige Treffen zwischen dem Generalstabschef der Russischen Föderation und dem Vorsitzenden des EU-Militärausschusses statt.

Im Bereich des **Zivilschutzes** geht es um die Stärkung von Dialog und Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Katastrophen und Notständen. Die Zusammenarbeit erfolgt in erster Linie zwischen dem in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission angesiedelten EU-Katastrophenüberwachungs- und Informationszentrum und dem russischen Ministerium für Katastrophenschutz. 2004 wurde eine Regelung für die praktische Zusammenarbeit geschaffen, die einen Informationsaustausch, Kontaktmöglichkeiten für eine Kommunikation rund um die Uhr wie auch einen Mitarbeiteraustausch zwischen den Einsatzzentren ermöglicht.

# VI. Forschung, Bildung und Kultur

Die EU und Russland haben ein starkes Interesse an der Förderung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in Russland, der Region und weltweit. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur soll zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen.

## Politikziele der EU

Eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur wird zu einem wachsenden Zusammenwirken von Institutionen und Menschen bei der Lösung gemeinsamer Probleme, zu mehr Wissen über Geschichte und Kultur der jeweilig anderen Seite sowie zu mehr Kontakten zwischen den Menschen, insbesondere jungen Menschen, beitragen.

## Strategie der EU

Auf dem Gipfeltreffen vom Mai 2003 in St. Petersburg verständigten sich die EU und Russland auf die Errichtung eines „Gemeinsamen Raums der Forschung und Bildung einschließlich kultureller Aspekte“.

Im Bereich von **Forschung und Entwicklung** besteht das Ziel in der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in einer Reihe gemeinsam vereinbarter Schwerpunktbereiche und in der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für

- die Strukturierung einer wissensgestützten Gesellschaft in der EU und Russland,
- die Förderung einer hohen Wettbewerbsfähigkeit und eines hohen Wirtschaftswachstums durch Modernisierung der Volkswirtschaften und praktische Umsetzung der Ergebnisse der Spitzenforschung,
- Stärkung und Optimierung der Verbindung von Forschung und Innovation sowie
- Bewahrung des kleinen und mittleren Unternehmertums im Bereich der Forschung und Innovation.



Junge Moskauerinnen feiern am auf den Roten Platz den Europatag 2007

Im Bereich **Bildung** besteht das Ziel in der Förderung der Integration und einer engeren Zusammenarbeit im Rahmen des neuen europäischen Hochschulraums im Einklang mit den wichtigsten Bestimmungen des Bologna-Prozesses. Hierbei geht es insbesondere um

- die Einführung vergleichbarer Hochschulabschlüsse,
- die Einführung eines Zwei-Stufen-Systems (Bachelor-Master) und so bald wie möglich eines Drei-Stufensystem (Bachelor-Master-Promotion) im Bereich der Hochschulbildung,
- Einführung eines Anrechnungssystems in Anlehnung an das Europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS),
- die Förderung der Mobilität von Studenten und Dozenten,
- die Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Lernqualität,
- die Einführung von integrierten Lehrplänen an den Hochschulen,
- die Förderung lebenslangen Lernens,
- eine Änderung des Hochschulmanagements mit dem Ziel einer Anpassung der Lerninhalte an den sich verändernden Arbeitsmarktbedarf,
- die Erhöhung der Attraktivität des Hochschulwesens in Russland und der EU.

Im Bereich **Kultur** werden drei Ziele verfolgt:

- Umsetzung eines strukturierten Ansatzes bei der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der erweiterten EU und Russland. Dieser Ansatz ist ausgerichtet auf die Förderung der Kreativität und Mobilität von Künstlern, den Zugang der Öffentlichkeit zu kulturellen Veranstaltungen und Aktivitäten, der Verbreitung von Kunst und Kultur, des interkulturellen Dialogs und des Wissens über die Geschichte und das Kulturerbe der europäischen Völker.
- Stärkung und Verbesserung der europäischen Identität auf der Grundlage gemeinsamer Werte, darunter Meinungsfreiheit, demokratische Medien und Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, und der Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt als Basis einer lebendigen Zivilgesellschaft in einem Europa ohne Trennlinien.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturindustrien der EU und Russlands zur Steigerung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Wirkung.

### **Der allgemeine Kontext**

Die Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur braucht Zeit. Zwischen der EU und Russland besteht allerdings bereits heute eine sehr gute und erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit. Russland war bisher der erfolgreichste Drittland-Teilnehmer am **EU-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung** (<http://ec.europa.eu/research/fp7/>). Durch den intensiven und kontinuierlichen Politikdialog im Forschungsbereich ist es gelungen, gemeinsame Prioritäten zu setzen und Aktionspläne zu beschließen, die inzwischen auch umgesetzt werden (u.a. in den Bereichen Energie, Werkstoffe und Nanotechnologien, Weltraum, Luftfahrt, Klimawandel und Ökosysteme sowie Gesundheit).

Die Zusammenarbeit im Bildungsbereich erfolgt im Rahmen des **Tempus**-Programms ([http://www.etf.europa.eu/Web.nsf/pages/Tempus\\_EN?opendocument](http://www.etf.europa.eu/Web.nsf/pages/Tempus_EN?opendocument)), das darauf ausgerichtet ist, das russische Hochschulwesen zu reformieren und die Konvergenz mit den Normen und Methoden der EU zu fördern. Die Kommission plant eine Verlängerung des Tempus-Programms über den Zeitraum 2007-2013. Die Kommission fördert auch die Teilnahme am Programm **Erasmus Mundus** ([http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/programme/future\\_en.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/programme/future_en.html)). Bereits 2006 stieg die Zahl der russischen Studenten, die Stipendien für die Teilnahme an gemeinsamen Master-Studiengängen erhielten, auf 36, wobei auf beiden Seiten erhebliches Wachstumspotenzial besteht. Das **Jugendprogramm** ([http://ec.europa.eu/youth/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/youth/index_en.html)) stellt ein weiteres effizientes Instrument zum Ausbau der Kontakte zwischen den Menschen sowie zur Förderung von Mobilität und Zusammenarbeit im Bereich der nichtformalen Bildung für junge Menschen dar.

2006 wurde am renommierten Staatlichen Institut für internationale Beziehungen in Moskau (MGIMO-Universität) ein **Institut für Europastudien** eröffnet, das als zentrale Einrichtung zur Förderung von EU-Studien und zur Verbesserung der Wissens russischer Studenten – und damit der künftigen Führungskräfte des Landes – über die EU dient.

Eine starke Annäherung der Standpunkte und gemeinsamen Ansätze in Bezug auf die Ratifizierung und Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen wird gefördert.

### **Wussten Sie,...**

...dass im Mai 2007 anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und des 150. Jahrestags der Gründung der weltberühmten Moskauer Staatlichen Tretjakow-Galerie die Kunstaussstellung „Europa-Russland-Europa“ in der Tretjakow-Galerie ihre Tore geöffnet hatte? Die Ausstellung, die europäischer Geschichte und Kunst gewidmet war, zeigte Meisterwerke aus den Sammlungen von EU-Mitgliedstaaten und Russlands mit einem Bezug zum Thema europäische Einheit. Die Ausstellung betonte die nationale Identität, die Werte und die kulturellen Traditionen jedes beteiligten Landes und trug zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland bei.



## VII. EU-Kooperationsprogramme und Projekte

Derzeit wird ein Programm der finanziellen Zusammenarbeit aufgelegt, das von beiden Seiten finanziert wird und zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland beitragen soll. Projekte werden unter der Voraussetzung finanziert werden, dass sie den gemeinsamen politischen Prioritäten entsprechen. Es wird erwartet, dass sich Vorschläge für Projekte, die zur Erreichung der in der Road Map festgelegten Ziele beitragen, aus den Dialogen im Rahmen der gemeinsamen Räume ergeben. Sind beide Seiten damit einverstanden, so werden Projekte, die auf die Erzielung präzise definierter Ergebnisse – ob im Bereich Umwelt und Klimawandel, Verkehr oder Energie, bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus oder Korruption oder bei der Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie oder des akademischen oder kulturellen Austausches – ausgerichtet sind, aus den Mitteln des Programms der finanziellen Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland finanziert werden.

### Die Zusammenarbeit in historischer Perspektive

Die finanzielle Zusammenarbeit mit Russland begann Anfang der neunziger Jahre im Rahmen des TACIS-Programms. Grundgedanke dieses Programms, das eine Vielzahl von Sektoren umfasste, war die Förderung des Übergangs Russlands zu Demokratie und Marktwirtschaft. Seit 1991 hat die Kommission ungefähr 2,7 Mrd. Euro bereitgestellt. Aufgrund der erheblichen Verbesserung der Haushaltslage der Russischen Föderation in jüngster Zeit besteht inzwischen wesentlich weniger Bedarf an einer derartig umfangreichen Unterstützung. Von nun an wird die finanzielle Zusammenarbeit daher gezielt auf die Erreichung der in den Fahrplänen für die Schaffung der gemeinsamen Räume festgelegten Ziele ausgerichtet werden. Künftig soll die Russische Föderation ähnliche Beiträge zur finanziellen Zusammenarbeit leisten wie die EU. Die von der Kommission bereitgestellten Mittel wurden entsprechend gekürzt.

### Die Zahlen – und die Terminologie

In den drei bis vier Jahren ab 2007 werden jährlich bis zu 60 Mio. EUR für den Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und Russland bereitgestellt werden, wobei der Schwerpunkt auf den vier gemeinsamen Räumen, dem akademischen Austausch und der Unterstützung der russischen Regionen liegen wird. Je nach Höhe der russischen Beiträge zu den regionalen, grenzübergreifenden und sonstigen Programmen könnten die Gesamtmittel allerdings auf 100 Mio. EUR steigen.

Die Mittel werden im wesentlichen über das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) zur Verfügung gestellt. Die oben beschriebenen Schwerpunkte der Zusammenarbeit finden ihren Niederschlag in den nationalen, regionalen und grenzübergreifenden Richtprogrammen 2007-2010, die von den EU-Mitgliedstaaten angenommen und mit der russischen Regierung vereinbart wurden. Darin sind die jeweiligen Beträge für die Zusammenarbeit mit den Behörden der Russischen Föderation, mit einer Reihe von anderen Ländern in der Region und zwischen den Regionalverwaltungen beiderseits der Grenze zwischen der EU und Russland ausgewiesen.

Das **Regionalprogramm**, das Osteuropa und Russland, den Südkaukasus und Zentralasien umfasst, ist auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen ausgerichtet: Verkehr, Energie, Handel und Investitionen; Umwelt; Grenzverwaltung und Migrationssteuerung sowie Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Drogenhandel. Mittel können auch für die Nördliche Dimension (siehe den gesonderten

Abschnitt weiter oben) bereitgestellt werden. Die russischen Republiken und Oblasti kommen für eine Förderung im Rahmen von **grenzübergreifenden oder Nachbarschaftsprogrammen** der Europäischen Kommission (Barentssee- und Schwarzmeer-Programme, Karelien und Südost-Finnland/Russland; Estland/Lettland/Russland; und Litauen/Polen/Russland) in Betracht. Hier besteht das Ziel darin, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Grenzgebieten zu fördern, gemeinsame Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsprobleme zu bewältigen und den grenzübergreifenden Austausch wie auch die grenzübergreifenden Kontakte auszubauen.

Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit werden auch über das Instrument für nukleare Sicherheit, das Instrument für Demokratie und Menschenrechte, eine Reihe thematischer Programme und – sollte es zu einer Krise kommen – über mehrere Instrumente bereitgestellt werden, die für die Bewältigung humanitärer und sonstiger Krisen konzipiert sind.

### **Nukleare Sicherheit**

Seit seiner Einrichtung im Jahr 1991 wurden im Rahmen des TACIS-Programms insgesamt 500 Mio. EUR zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit in der Russischen Föderation bereitgestellt.

Schwerpunkt der Finanzierung war neben der vor-Ort-Hilfe an nuklearen Standorten in allen Teilen der Russischen Föderation, z.B. in Smolensk (Westrussland), Sosnowi Bor (Leningrader Oblast) und Kola (arktisches Russland), die kontinuierliche Unterstützung von Sicherheitsverbesserungen in den russischen Kernkraftwerken durch Betreiber aus der EU. Im Mittelpunkt dabei standen Fragen wie Konstruktionsicherheit, Betriebs- und Überwachungsbedingungen und die allgemeine Organisation der Betriebssicherheit.

Im Rahmen des Programms wurde auch die nationale Aufsichtsbehörde Russlands unterstützt. Durch die technische und finanzielle Unterstützung im Rahmen von TACIS trug die EU zur Schaffung des notwendigen Rechtsrahmens bei. Durch einen förmlicheren und regelmäßigeren Dialog zwischen den russischen Betreibern und Regulierungsbehörden einerseits und den westlichen Betreibern und Behörden andererseits konnte auch die allgemeine Sicherheitskultur verbessert werden.

Außerdem trug TACIS zur Verbesserung der Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich wie auch zur Finanzierung der Nuklearkomponente der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension (NDEP) bei ([http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/north\\_dim](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/north_dim)). Die NDEP, zu deren größten Beitragszahlern die Europäische Kommission zählt, dient zur Bewältigung der Probleme in Nordwest-Russland, wo die Altlasten der sowjetischen Arktisflotte eine große Umweltgefahr darstellen.

Die Zusammenarbeit mit unseren russischen Partnern wird von den russischen Behörden sehr geschätzt. Dies belegten sehr deutlich deren positive Äußerungen bei den jüngsten Treffen zur Einleitung der im Rahmen des neuen Instruments für nukleare Sicherheit vorgesehenen Zusammenarbeit über den Zeitraum 2007-2013.



# VIII. Die Zusammenarbeit mit den russischen Regionen

## Kaliningrad

Nach der Erweiterung 2004 wurde der Kaliningrader Oblast der Russischen Föderation zu einer vom Gebiet der EU umgebenen und an Polen und Litauen angrenzenden Enklave. Die EU erkannte die Sorgen Russlands über mögliche negative Auswirkungen der Erweiterung auf den Personen- und Warenverkehr von und nach Kaliningrad an. Dies führte 2003 zum Abschluss eines Abkommens zwischen der EU und Russland über die Erleichterung des Personentransitverkehrs. Das Wohlstandsgefälle zwischen Kaliningrad und den Nachbarregionen gibt weiteren Grund zur Besorgnis und wirkt sich auf die sozioökonomische Lage beiderseits der Grenzen aus.

### Politikziele der EU:

- Gewährleisten, dass Kaliningrad von der nachhaltigen Entwicklung der Ostsee-Region profitiert und dazu beiträgt,
- die sozioökonomische Entwicklung Kaliningrads fördern und
- den reibungslosen und effizienten Transit von Gütern und Personen zwischen Kaliningrad und dem restlichen Russland sicherstellen.

### Strategie der EU

Was den Transit zwischen Kaliningrad und dem restlichen Russland betrifft, so werden Maßnahmen ergriffen, um die Effizienz an den Grenzübergängen zu verbessern und die sozioökonomische Entwicklung der Region zu fördern. Die litauischen und russischen Zollbehörden und die Europäische Kommission arbeiten zusammen, um für einen möglichst reibungslosen Transitverkehr zu sorgen. Das seit 2004 stark angestiegene Volumen des Transitverkehrs deutet darauf hin, dass sich die vereinbarte Regelung bewährt. Bei technischen Konsultationen zwischen der Kommission und den zuständigen Behörden werden noch ungeklärte Fragen erörtert. Dazu zählen z.B. die Durchfuhr lebender Tiere, tier- und pflanzengesundheitliche Kontrollen, Begrenzung der Menge an persönlichen Gegenständen, die Zugpassagiere mitnehmen dürfen, sowie die Kapazitätsprobleme an den Grenzübergängen. Sowohl Litauen als auch Russland sind der Auffassung, dass die im Juli 2003 in Kraft getretene Regelung zur Erleichterung des Transitverkehrs für Personen gut funktioniert. In einem im Dezember 2006 vorgelegten Bericht bewertete die Kommission die Funktionsweise der Regelung als zufriedenstellend.

Doch eine weitere Erleichterung des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs zwischen Kaliningrad und seinen Nachbarn ist erforderlich. Die Grenzinfrastuktur muss verbessert werden, insbesondere durch die zügige und effiziente Umsetzung bereits vereinbarter Projekte. Die Abfertungsverfahren müssen gestrafft und vereinfacht werden, damit lange Lkw-Schlangen den Grenzverkehr zwischen Kaliningrad und den benachbarten Regionen Polens und Litauens nicht mehr behindern. Entsprechende Maßnahmen sind zwar ergriffen worden, doch die Zusammenarbeit in diesem Bereich muss unbedingt intensiviert werden.

In den neunziger Jahren erlebte Kaliningrad einen steilen wirtschaftlichen Niedergang mit negativen sozialen Folgen. Seit 2001 liegt das Wirtschaftswachstum Kaliningrads allerdings über dem russischen Durchschnitt. Kaliningrad ist zu einem Exportzentrum für russische Rohstoffe und zu einem Importzentrum für Waren aus der EU geworden. Aufgrund der von der föderalen Regierung gewährten Zoll- und Steuerpräferenzen



Kaliningrad feierte 2005 sein 750. Stadtjubiläum und gehört zu den großen Zentren europäischer Kulturgeschichte

boomt der Handel in Kaliningrad. Der Status Kaliningrads als russische Sonderwirtschaftszone wurde vor kurzem mit kleineren Änderungen verlängert. Ziel der neuen gesetzlichen Regelung ist es, Investitionen in die verarbeitende Industrie anzuziehen. Das Investitionsvolumen ist zwar noch verhältnismäßig niedrig, doch gibt es einige gute Beispiele für erfolgreiche ausländische Investitionsvorhaben in Kaliningrad wie z.B. das Automontagewerk von BMW.

### **Die EU unterstützt die Entwicklung Kaliningrads**

Über die Zeiträume 2001-2003 und 2004-2006 stellte die EU fast 100 Mio. EUR für die technische Hilfe zugunsten Kaliningrads bereit. Weitere 50 Mio. EUR sind für die Jahre 2007 bis 2013 vorgesehen. Projekte werden u.a. in den Bereichen Institutionenaufbau, Energie, Verkehr, Unternehmensumstrukturierung, Managementschulung und Umwelt durchgeführt. Damit sollen die russischen Bemühungen um Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Kaliningrader Region und um verstärkte Zusammenarbeit entlang der Grenzen zur erweiterten EU unterstützt werden. Projektbeispiele sind:

- Förderung innovativer Klein- und Mittelunternehmen, Unterstützung von Handel und Investitionen, Verbesserung der Energienetze und der effizienten Energienutzung durch Industrie und Kommunen sowie Stärkung der administrativen Leistungsfähigkeit der regionalen Behörden;
- Zusammenarbeit, Austausch und Vernetzung zwischen Hochschulen in Kaliningrad und der EU;
- Programme zur Bekämpfung von Drogensucht, HIV/AIDS und Tuberkulose;
- Unterstützung beim Umweltschutz mit Schwerpunkt auf Abwasserbehandlung und Überwachung von Ölunfällen in der Ostsee.
- Verbesserung von Gesundheitsindikatoren und der beruflichen Bildung.

In jüngster Zeit wird zunehmendes Gewicht auf Projekte in den folgenden Bereichen gelegt: Stärkung der administrativen Leistungsfähigkeit der Region (vor allem bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmensentwicklung); Verbesserung der primären und präventiven Gesundheitsversorgung; Förderung des intellektuellen Potenzials der Region sowie Förderung des grenzübergreifenden Kulturaustausches.

## Nordkaukasus

Seit Beginn des Konflikts in Tschetschenien im Herbst 1999 hat die **Europäische Kommission**, rechnet man den jüngsten Finanzierungsbeschluss für 2007 im Umfang von 17,5 Mio. EUR mit ein, **insgesamt rund 220 Mio. EUR für die dortige humanitäre Hilfe bereitgestellt**. Damit ist die EU der größte Geber in dieser Region.

Die Hilfe dient zur Unterstützung von Vertriebenen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Tschetschenien sowie von Vertriebenen in Inguschetien und Dagestan. Hilfe wird allem in den folgenden Bereichen geleistet: Schutz der Zivilbevölkerung, Instandsetzung von Wohnraum, Schaffung von Einkommensmöglichkeiten, Gesundheit und psychoso-

ziale Betreuung. Zusätzlich werden auch tschetschenische Flüchtlinge in Georgien und Aserbaidshan unterstützt. Die Mittel werden über die Generaldirektion für humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission bereitgestellt. Aufgrund einer relativen Verbesserung der sozioökonomischen Lage in Tschetschenien in den letzten zwei Jahren und der umfangreichen Wiederaufbauleistungen von russischer Seite wurden die humanitären Programme von ECHO in der Region zum ersten Mal seit Beginn der Krise zurückgefahren.

Auch wenn der Konflikt in Tschetschenien an Intensität nachgelassen hat, bleibt die humanitäre Lage in der Region schwierig. Die Republik zählt weiterhin rund 150.000 Vertriebene. Viele davon sind Menschen, die in den letzten Jahren aus Inguschetien zurückgekehrt sind, deren Häuser jedoch während des Konflikts zerstört wurden. Die Lebensbedingungen sind nach wie vor äußerst schwierig. Neben Tschetschenien zählt Inguschetien noch rund 18.000 und Dagestan etwa 7.000 Vertriebene.

Parallel zum schrittweisen Zurückfahren der humanitären Hilfe geht die EU verstärkt von dieser Art der Hilfe zur Durchführung von Entwicklungsprogrammen in der Region über. So leitete die EU z.B. vor kurzem ein **neues Sonderprogramm für die wirtschaftlichen Erholung im Nordkaukasus** ein, im Rahmen dessen 20 Mio. EUR für Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung bereitgestellt werden. Es besteht ein klares gegenseitiges Interesse an der Stabilität – und damit an der Erholung und Entwicklung – des Nordkaukasus. Die EU steht bereit, weitere Unterstützung für das Wiederaufbauprogramm zu leisten, das die Russische Föderation und regionalen Regierungen für Tschetschenien und die umgebende Region aufgelegt haben.



Tschetschenische Dorfbewohner erhalten eine Schulung im Rahmen eines von ECHO finanzierten Programms zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten

# Anhang – Zahlen und Fakten

## EU-Russland Zahlen und Fakten

	<i>Russische Föderation (2006)</i>	<i>UE-27 2006</i>
<b>Bevölkerung</b>	143 Mio.	493 Mio.
<b>Fläche</b>	17 075 000 km <sup>2</sup>	4 423 000 km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerungsdichte</b>	8,3 Einwohner pro km <sup>2</sup>	113 Einwohner pro km <sup>2</sup> (2003)
<b>Lebenserwartung bei der Geburt</b>	67 Jahre	75,8 Jahre (2005)
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) in € (gerundet)</b>	740 Mrd.	10,750 Mrd.
<b>BIP pro Kopf (Kaufkraftparität) in € (gerundet)</b>	9 200	22,300 (UE-25)
<b>Struktur des BIP</b>		
Industrie	36,6%	27,2% (EU-25)
Dienstleistungen	58,2%	67,1% (EU-25)
Landwirtschaft	5,3%	4,3% (EU-25)

## Warenhandel:

### HANDEL RUSSLANDS MIT SEINEN WICHTIGSTEN HANDELPARTNERN (2005)

Wichtigste Importpartner Russlands			Wichtigste Exportpartner Russlands		
Partner	Mio. EUR	%	Partner	Mio. EUR	%
<b>Welt</b>	<b>77.900</b>	<b>100,0</b>	<b>Welt</b>	<b>191.173</b>	<b>100,0</b>
1 <b>EU</b>	<b>34.904</b>	<b>44,8</b>	1 <b>EU</b>	<b>107.494</b>	<b>56,2</b>
2 Ukraine	6.250	<b>8,0</b>	2 China	10.489.	<b>5,5</b>
3 China	5.819	<b>7,5</b>	3 Ukraine	9.949	<b>5,2</b>
4 Japan	4.695	<b>6,0</b>	4 Türkei	8.729	<b>4,6</b>
5 Belarus	3.709	<b>4,8</b>	5 Schweiz	8.410	<b>4,4</b>

### HANDEL DER EU MIT IHREN WICHTIGSTEN HANDELPARTNERN (2006)

Wichtigste Importpartner der EU			Wichtigste Exportpartner der EU		
Partner	Mio. EUR	%	Partner	Mio. EUR	%
<b>Welt</b>	<b>1.348.317</b>	<b>100,0</b>	<b>Welt</b>	<b>1.164.719</b>	<b>100,0</b>
1 China	191.342	<b>14,2</b>	1 USA	267.672	<b>23,0</b>
2 USA	175.813	<b>13,0</b>	2 Schweiz	86.392.	<b>7,4</b>
3 <b>Russland</b>	<b>136.847</b>	<b>10,1</b>	3 <b>Russland</b>	<b>71.791</b>	<b>6,2</b>
4 Norwegen	79.019	<b>5,9</b>	4 China	63.248	<b>5,4</b>
5 Japan	75.631	<b>5,6</b>	5 Türkei	46.350	<b>4,0</b>

### EUROPÄISCHE UNION – IMPORTE AUS RUSSLAND (MIO. €)

Produktgruppen	2002	%	2004	%	2006	%	Anteil an EU-Gesamtimporten
<b>INSGESAMT</b>	<b>61.999</b>		<b>80.722</b>		<b>136.847</b>		<b>10,15</b>
<b>Grundstoffe</b>	<b>44.752</b>	<b>72,2</b>	<b>57.895</b>	<b>71,7</b>	<b>101.298</b>	<b>74,0</b>	<b>21,20</b>
<i>davon:</i>							
Energie	37.302	<b>60,2</b>	48.749	<b>60,4</b>	89.534	<b>65,4</b>	<b>28,34</b>
Agrarerzeugnisse	2.538	<b>4,1</b>	2.215	<b>2,7</b>	2.697	<b>2,0</b>	<b>3,10</b>
<b>Fertigungserzeugnisse</b>	<b>7.114</b>	<b>11,5</b>	<b>9.131</b>	<b>11,3</b>	<b>11.173</b>	<b>8,2</b>	<b>1,73</b>


### EUROPÄISCHE UNION – EXPORTE NACH RUSSLAND (MIO. €)

Produktgruppen	2002	%	2004	%	2006	%	Anteil an EU-Gesamtexporten
<b>INSGESAMT</b>	<b>34.279</b>		<b>45.832</b>		<b>71.791</b>		<b>6,16</b>
<b>Grundstoffe</b>	<b>4.862</b>	<b>14,2</b>	<b>5.312</b>	<b>11,6</b>	<b>7.671</b>	<b>10,7</b>	<b>5,22</b>
<i>davon:</i>							
Agrarerzeugnisse	4.222	<b>12,3</b>	4.571	<b>10,0</b>	6.318	<b>8,8</b>	<b>9,20</b>
Energie	182	<b>0,5</b>	247	<b>0,5</b>	461	<b>0,6</b>	<b>0,98</b>
<b>Fertigungserzeugnisse</b>	<b>28.781</b>	<b>84,0</b>	<b>38.820</b>	<b>84,7</b>	<b>51.359</b>	<b>71,5</b>	<b>6,44</b>
<i>davon:</i>							
Maschinen	10.920	<b>31,9</b>	16.341	<b>35,7</b>	17.024	<b>23,7</b>	<b>7,45</b>
Chemische Erzeugnisse	4.659	<b>13,6</b>	6.341	<b>13,8</b>	10.688	<b>14,9</b>	<b>5,88</b>
Transportausrüstungen	3.693	<b>10,8</b>	4.970	<b>10,8</b>	8.087	<b>11,3</b>	<b>5,53</b>



**WARENHANDEL DER EU-27 MIT RUSSLAND**  
Mio. EUR

	<b>Export</b>	<b>Import</b>	<b>Handelsbilanz</b>
<b>2000</b>	22 738	63 777	-41 039
<b>2001</b>	31 602	65 875	-34 272
<b>2002</b>	34 420	64 493	-30 073
<b>2003</b>	37 206	70 663	-33 457
<b>2004</b>	46 030	83 954	-37 924
<b>2005</b>	56 880	112 613	-55 733
<b>2006</b>	<b>72 360</b>	<b>140 586</b>	<b>-68 226</b>



## Dienstleistungsverkehr:

<b>DIENSTLEISTUNGSVERKEHR* DER EU25 MIT RUSSLAND (Mio. EUR)</b>									
	<b>Export</b>			<b>Import</b>			<b>Handelsbilanz</b>		
	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>9 094</b>	<b>11 444</b>	<b>13 084</b>	<b>6 800</b>	<b>8 125</b>	<b>9 892</b>	<b>2 294</b>	<b>3 320</b>	<b>3 191</b>
davon:									
<i>Transportleistungen</i>	2 324	2 899	3 116	2 708	3 486	4 610	-384	-587	-1 494
<i>Reiseverkehr</i>	2 241	2 529	3 034	1 772	1 863	2 062	469	666	973
Sonstige Dienstleistungen	4 355	5 884	6 606	2 309	2 766	3 094	2 047	3 118	3 511
davon:									
<i>Kommunikationsleistungen</i>	130	149	229	130	184	230	0	-35	-2
<i>Bauleistungen</i>	622	810	466	412	434	257	210	376	208
<i>Versicherungsdienstleistungen</i>	92	91	109	59	89	169	33	2	-60
<i>Finanzdienstleistungen</i>	556	722	903	89	115	173	467	606	729
<i>EDV- und Informationsleistungen</i>	310	500	679	32	39	59	278	461	620
<i>Patente und Lizenzen</i>	125	216	106	22	16	6	103	200	100
<i>Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen</i>	2 362	3 138	3 844	1 440	1 756	2 063	922	1 381	1 782
<i>Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit</i>	42	122	112	29	34	40	13	88	72
<i>Öffentliche Dienstleistungen, sonstige</i>	116	137	157	95	98	97	21	39	62
<b>Extra-EU-25 insgesamt</b>	<b>372 620</b>	<b>406 292</b>	<b>449 688</b>	<b>325 044</b>	<b>349 357</b>	<b>382 544</b>	<b>47 576</b>	<b>56 935</b>	<b>67 144</b>
<b>Russland / extra-EU-25 insgesamt</b>	<b>2,4%</b>	<b>2,8%</b>	<b>2,9%</b>	<b>2,1%</b>	<b>2,3%</b>	<b>2,6%</b>			

\* Daten für 2006 sind vorläufig



## Ausländische Direktinvestitionen (FDI):

	Kumuliertes Gesamt-FDI der EU 25 in Russland		Kumuliertes Gesamt-FDI Russlands in der EU 25	
	Ende 2004	Ende 2005	Ende 2004	Ende 2005
Millionen Euro	20 983	31 324	5 558	9 213

Investitionsströme (FDI) zwischen der EU25 und Russland (in Mio €)					
	2001	2002	2003	2004	2005
EU25 FDI nach Russia	2 495	2 454	7 704	5 878	8 997
Russisches FDI in die EU25	752	342	704	196	4 107
Bilanz	1 743	2 112	7 000	5 682	4 890

Europäische Kommission

**Die Europäische Union und Russland:  
Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner**

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2007 — 32 S. — 21 X 29,7 cm

ISBN 978-92-79-06389-3

**Wie kann ich EU-Veröffentlichungen erhalten?**

Alle kostenpflichtigen Veröffentlichungen des Amtes für Veröffentlichungen sind über den EU Bookshop <http://bookshop.europa.eu> erhältlich, bei dem Sie über eine Verkaufsstelle Ihrer Wahl bestellen können.

Das Verzeichnis unseres weltweiten Verkaufstellennetzes können Sie per Fax anfordern: (352) 29 29-42758.



EUROPÄISCHE KOMMISSION  
Aussenbeziehungen



 Amt für Veröffentlichungen  
*Publications.europa.eu*

ISBN 978-92-79-06389-3  
  
9 789279 063893